

Geldfund könnte teuer werden

Cum-Ex-Skandal | 200 000 Euro in bar setzen den Bundeskanzler unter Druck / Opposition will Transparenz

Bei Ermittlungen rund um die illegalen Steuerspargeschäfte von Banken wird angeblich eine hohe Summe in einem Schließfach des Ex-SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs gefunden. Es gibt viele Fragen.

■ Von Kilian Schroeder

Berlin. Ein Geldfund setzt den Bundeskanzler unter Druck: Nach neuen Enthüllungen bei den Ermittlungen rund um sogenannte Cum-Ex-Geschäfte hat die Opposition im Bundestag Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zu Transparenz aufgefordert. »Immer neue Abgründe im Cum-Ex-Sumpf der SPD tun sich auf, und der Kanzler schweigt«, sagte Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion (Wahlkreis Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal), unserer Redaktion. »Der Kanzler muss jetzt reinen Tisch machen, sonst besteht die Gefahr, dass die Integrität seines Amtes Schaden nimmt.« Hintergrund der Vorwürfe ist der angebliche Fund von über 200 000 Euro Bargeld im Schließfach des ehemaligen SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs.

Diese sollen Ermittler bei einer Razzia im September in Hamburg entdeckt haben. Ermittlungsakten, die das bestätigen, sollen Mitgliedern eines Untersuchungsausschusses der Hamburger



Olaf Scholz muss sich wieder unangenehmen Fragen stellen.

Foto: Pedersen

Bürgerschaft vorliegen. Auf Anfrage schrieb die zuständige Staatsanwaltschaft Köln, dass bei der Durchsuchung »keine etwaig aufgefundenen Bargeldbeträge« sichergestellt worden seien.

Das bedeutet allerdings nicht zwangsläufig, dass die Ermittler kein Geld gefunden hätten – sicherstellen dürften sie dieses nämlich nur, wenn es den konkreten Verdacht gäbe, dass es aus einer Straftat stammt. Oder wenn damit ge-

rechnet werde, dass das Gericht es später einzieht.

Bei Cum-Ex-Geschäften haben Investoren Aktien um den Dividendenstichtag mit (Cum) und ohne (Ex) Ausschüttungsanspruch hin und her geschoben. Aufgrund einer Gesetzeslücke konnten sie sich Kapitalertragssteuer zurückerstatten lassen, die sie teils gar nicht gezahlt hatten. Dem Staat entstand ein Milliarden Schaden. Im vergangenen Jahr entschied der Bun-

desgerichtshof, dass es sich bei Cum-Ex-Geschäften um strafbare Steuerhinterziehung handelt.

Kahrs soll sich in den Jahren 2016 und 2017 dafür eingesetzt haben, dass die Hamburger Finanzbehörden von der Hamburger Privatbank M.M. Warburg kein Geld aus diesen Geschäften zurückfordern. Dafür habe er unter anderem Treffen zwischen den Gesellschaftern der Warburg-Bank, Christian Olearius und Max

Warburg, und Scholz angebahnt, damals noch Erster Bürgermeister in Hamburg. Kurz nach den Treffen verzichtete die Finanzverwaltung zunächst darauf, Steuern in Höhe von 47 Millionen Euro von der Bank zurückzufordern. Im Jahr 2017 spendete die Warburg Bank 45 500 Euro an die SPD. Erst später musste die Warburg-Bank 176 Millionen Euro zu Unrecht erstatete Steuern zurückzahlen.

Scholz hatte ausgesagt, sich an den Inhalt der Treffen nicht erinnern zu können und politische Einflussnahme ausgeschlossen. Derzeit gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass das möglicherweise gefundene Bargeld aus Kahrs Schließfach etwas mit der Bank zu tun hat. An sich ist der Besitz einer solchen Summe auch nicht illegal.

Trotzdem sieht die Opposition den Kanzler unter Druck. Der ehemalige Linken-Bundestagsabgeordnete Fabio De Masi schrieb auf Twitter, wenn Kahrs die Herkunft des Geldes nicht nachweisen könne, liege der Verdacht nahe, dass es mit Cum-Ex-Geschäften in Verbindung stehe. Parallel dazu legte der ehemalige Berater für die Cum-Ex-Steuermodelle, Hanno Berger, am Montag ein Teilgeständnis ab. Der 71-jährige Anwalt ist wegen besonders schwerer Steuerhinterziehung angeklagt und gilt als »Mr. Cum-Ex«. Er soll die Warburg-Bank überzeugt haben, in Cum-Ex-Geschäften einzusteigen.